
Stellungnahme zum Wehrdienstmodernisierungsgesetz

Die Regierungsparteien von CDU/CSU und SPD haben sich am 13. November 2025 auf ein Wehrdienstmodernisierungsgesetz geeinigt, das trotz grundsätzlicher Freiwilligkeit weiterhin verpflichtende Elemente wie die flächendeckende Musterung aller jungen Männer ab Jahrgang 2008 vorsieht: [Wehrdienst wird modernisiert | Bundesregierung](#)

Künftig sollen an NATO-Verpflichtungen orientierte Zielmarken den Personalbedarf der Bundeswehr bestimmen. Werden sie verfehlt, könnte der Bundestag eine Bedarfswehrpflicht beschließen, die wir als weder gerecht noch demokratietheoretisch vertretbar erachten.

Jeder Zwangsdienst ist einen Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte. Wenn ein Aufwuchs der Truppenstärken als notwendig erachtet wird, muss dafür gesorgt werden, die Rahmenbedingungen für eine Freiwilligkeit so zu stärken, dass es eine Bedarfswehrpflicht gar nicht erst braucht. Mögliche Alternativen wie z. B. die generationsübergreifende Rekrutierung Freiwilliger liegen auf dem Tisch.

Gleichzeitig fordert gewaltfrei grün e. V. Verbesserungen für alle Freiwilligendienste, um diese attraktiver zu machen. Denn während junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr maximal rund 644 Euro monatlich erhalten, liegen die Leistungen im neuen Wehrdienst bei deutlich über 2000 €. Viele können es sich nicht leisten, sich für die Gesellschaft in einem freiwilligen sozialen Jahr zu engagieren. Das untergräbt eine echte Wahlfreiheit.

Gewaltfrei grün e. V. plädiert dafür, dass jungen Menschen deutlich gemacht wird, dass ihr verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf Kriegsdienstverweigerung uneingeschränkt weiter besteht. Diesen Weg beschreiten bereits zivilgesellschaftliche Organisationen der Friedensbewegung. Ihr Engagement gilt es zu unterstützen.

Die Rekrutierung Minderjähriger lehnen wir auch mit dem neuen Wehrdienstgesetz ab.

Beschlossen durch den Vorstand von gewaltfrei grün e. V. am 22.12.2025.